

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu:

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus Griechenland - Drucksache 7/466 vom 14.01.2020

Prüfung zur Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag ist in großer Sorge um die humanitäre Situation von Geflüchteten auf den griechischen Inseln. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind dort einer unzumutbaren Situation ausgesetzt. Der Landtag begrüßt daher unterschiedliche Initiativen, insbesondere der Oberbürgermeister von Potsdam, Frankfurt (Oder) und des Bürgermeisters von Teltow, zur gezielten Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Der Landtag erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, eine entsprechende Initiative der Landesregierung zu unterstützen.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- a) sich mit der Bundesregierung und ggf. mit anderen Bundesländern darüber ins Benehmen zu setzen, unter welchen Voraussetzungen eine Aufnahme eines gezielten Kontingents unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter von den griechischen Inseln in den Landkreisen und den kreisfreien Städten möglich ist,
- b) mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten Gespräche über die Bereitschaft einer möglichen Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten zu führen,
- c) die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen einer möglichen Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten zu prüfen.

Begründung:

Auf mehreren griechischen Inseln leben zurzeit ca. 4.400 unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche teils unter unzumutbaren humanitären Bedingungen. Der Landtag begrüßt die Initiativen zur gezielten Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus humanitären Gründen. Die entsprechenden Rahmenbedingungen sollen zeitnah geklärt werden.

Eingegangen: 21.01.2020 / Ausgegeben: 21.01.2020